

ZWISCHEN HERRSCHAFT UND HOCHVERRAT

Separatismus und dessen Verfolgung (1919–1944) im Spiegel des Verhörprotokolls des Trierer Separatistenführers Hubert Marzen

LENA HAASE · LEON STEIN

böhlau

böhlau

Gestapo – Herrschaft – Terror
Studien zum nationalsozialistischen Sicherheitsapparat

Herausgegeben von
Thomas Grotum und Thomas Roth

Band 5

Lena Haase, Leon Stein

Zwischen Herrschaft und Hochverrat

Separatismus und dessen Verfolgung (1919–1944) im Spiegel des Verhörprotokolls des Trierer Separatistenführers Hubert Marzen

BÖHLAU

ISSN 2568-5988
ISBN 978-3-412-53535-3
ISBN 978-3-412-53536-0 (PDF)
ISBN 978-3-412-53537-7 (eLibrary)
DOI https://doi.org/10.7788/9783412535377

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2026 Brill Deutschland GmbH, Robert-Bosch-Breite 10, 37079 Göttingen, Deutschland

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig. Text- und Datamining zu kommerziellen Zwecken bedarf der Genehmigung des Verlags.

Böhlau und Brill Deutschland GmbH sind Teil von De Gruyter Brill.
www.degruyterbrill.com

Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit: productsafety@degruyterbrill.com

Umschlagabbildung: Separatistenumzug durch die Trierer Simeonstraße. An der Spitze die Flagge der „Rheinischen Republik“ und Hubert Marzen, der seinen Hut schwenkt (Stadtarchiv Trier, Bild-Slg. 1, 14–11).
Druck: Elanders Waiblingen, Waiblingen

Inhalt

Teil A – Separatismus und dessen Verfolgung (1919–1944) im Regierungsbezirk Trier

1. Einleitung 9

2. Trier in den frühen 1920er Jahren – Wirtschaftliche, soziale und politische Lage 19
   2.1 Beschwerden über die französische Besatzungsbehörde 21
   2.2 Streiks 25
   2.3 Preisteuerungen und allgemeine Berichte über die Versorgungs- und Geschäftslage 34
   2.4 Sonstiges 38

3. Loslösungsbestrebungen an Rhein und Mosel 43
   3.1 Hauptakteure aus Politik und Gesellschaft seit 1918 43
   3.2 Separatistische Milieus im Regierungsbezirk Trier 54
   3.3 Separatistische Aktionen in Trier (Sommer 1920 bis Sommer 1923) 58
   3.4 Fokus Eifel – Landbevölkerung als Revolutionsherd? 70

4. Der Separatistenputsch in Trier am 22. Oktober 1923 – Ablauf und Akteure 79
   4.1 Der Putsch in der Stadt Trier 79
   4.2 Die Ausläufer des Putsches im Trierer Umland 86

5. Hubert Marzen als Führungspersönlichkeit und designierter Polizeipräsident 97

6. Die Rolle der städtischen Polizei während der separatistischen Herrschaft 105

7. Das Ende des separatistischen Intermezzos und erste (juristische) Ahndungen des Hochverrats 113
   7.1 Der Zusammenbruch der „Rheinischen Republik“ in Koblenz und Trier 113
   7.2 Hochverratsverfahren gegen Trierer Separatisten 118
   7.3 Separatismus in der Gesellschaft (1924–1933) 123

8. Die Verfolgung ehemaliger Separatist:innen im Nationalsozialismus .. 135
8.1 Die Rolle von Gestapo und SD 135
8.2 Die Bedeutung der Westgrenze des Deutschen Reiches bei der Verfolgung 160
8.3 Das Vorgehen gegen die Katholische Kirche als vermeintliche Drahtzieherin der Loslösungsbestrebungen 168

9. Biographie eines Exilanten – Das Leben Hubert Marzens seit 1923 ... 173

10. Fazit 179

Teil B – Kommentierte Edition des Gestapo-Vernehmungsprotokolls von Hubert Marzen

11. Quellenkritische Hinweise 189
11.1 Vernehmungen als „asymmetrische Kommunikationssituationen“ 189
11.2 „Verschärfte Vernehmungen“ 191
11.3 Vernehmungsprotokolle – Aufbau und Umfang 193

12. Transkription der Vernehmungsprotokolle Marzens sowie des staatspolizeilichen Abschlussberichtes 195

13. Quellen- und Literaturverzeichnis 325

14. Personenregister 339

15. Danksagung 344

Teil A – Separatismus und dessen Verfolgung (1919–1944) im Regierungsbezirk Trier

1. Einleitung

„Der Jemen zwischen Separatismus und regionalem Machtkampf“[1]
„Turbulenter Prozess-Auftakt gegen ‚Sächsische Separatisten‘“[2]
„Der Separatistenführer kehrt zurück“[3]
“‘A natural partner’. US treasury secretary weighs in on Alberta separatism”[4]

Diese Schlagzeilen geben nur einen kleinen Einblick in die aktuelle deutsche wie auch internationale Presseberichterstattung zu separatistischen Bestrebungen auf der ganzen Welt. In den vergangenen Jahren waren es insbesondere die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien, die seit Jahren diskutierte Unabhängigkeitsfrage Taiwans von China, das in Schottland durchgeführte Referendum zur Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich oder auch die im Tibet vom Dalai Lama angeführte Unabhängigkeitsbewegung, die in der Presse präsent waren. Dass Separatismus oder zumindest das Streben nach stärkerer regionaler Selbstverwaltung innerhalb eines Staates ein zunehmend aktuelles Phänomen ist, zeigen auch politikwissenschaftliche Analysen.[5]

Die aktuellere historische Forschung hat sich bislang hingegen kaum systematisch mit separatistischen Bewegungen auseinandergesetzt. Die Autonomiebestrebungen im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg waren bislang vor allem Gegenstand der historischen Forschung der 1970er Jahre, in der sich aus top-down-Perspektive die Deutungsweise eines französischen Komplotts mit

1 Kersten Knipp: Der Jemen zwischen Separatismus und regionalem Machtkampf, in: DW vom 01.01.2026, URL: Der Jemen zwischen Separatismus und regionalem Machtkampf [Letzter Zugriff: 02.02.2026].

2 Marcel Fürstenau: Turbulenter Prozess-Auftakt gegen “Sächsische Separatisten”, in: DW vom 23.01.2026, URL: Turbulenter Prozess-Auftakt gegen “Sächsische Separatisten” [Letzter Zugriff; 02.02.2026].

3 Hans-Christian Rößler: Der Separatistenführer kehrt zurück. Puigdemont will eine sozialistische Regierung in Barcelona verhindern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.07.2024, S. 5.

4 Jessica Murphy: „A natural partner”. US treasury secretary weighs in on Alberta separatism, in: BBC vom 24.01.2026, URL: ‘A natural partner’: US treasury secretary weighs in on Alberta separatism [Letzter Zugriff: 02.02.2026].

5 Vgl. dazu bspw.: Rudolf Hrbek/Martin Große Hüttmann/Carmen Thamm (Hrsg.): Autonomieforderungen und Sezessionsbestrebungen in Europa und der Welt. Beweggründe – Entwicklungen – Perspektiven, Baden-Baden 2020 und Eva-Maria Belser u.a. (Hrsg.): States Falling Apart? Autonomy and Secessionist Movements in Europe, Bern 2015. Eine allgemeine Einordnung liefert: Ulrich Schneckener: Leviathan im Zerfall. Über Selbstbestimmung und Sezession, in: Leviathan 25 (1997, 4), S. 458–479.

dem Ziel der Annexion des Rheinlands etablierte.[6] Die jüngere Forschung von Martin Schlemmer steht dazu in scharfem Kontrast. Er betrachtet die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg aus sozial- und mentalitätsgeschichtlicher Perspektive und widerlegt das Narrativ der von Frankreich initiierten Tumulte, indem er die komplexe soziale Stratifikation und divergenten Motivlagen der Bewegung nachweist.[7] Besonderes Anknüpfungspotenzial bietet das von Schlemmer konstruierte Phasenmodell der Rheinstaatbestrebungen. Dieses verortet den Beginn der Bestrebungen im Zeitraum von Herbst 1918 bis Sommer 1919, der von verfassungskonformen Initiativen aus dem politisch-katholischen Spektrum bis zum ersten Putschversuch Hans Adam Dortens geprägt war (1). Die zweite Phase kennzeichnet eine Radikalisierung der Bewegung, die sich von Sommer 1919 bis September 1923 vollzog (2). Eine dritte Phase um den Jahreswechsel 1923/24 umfasst die unter dem Begriff „separatistischer Aktionismus" subsumierte Putschbewegung im Rheinland (3) und die letzte Phase kennzeichnet eine „Dichotomie" der Bewegung in den Jahren 1924 und 1925 (4).[8] Die vorliegende Studie knüpft an dieses Modell an und entwickelt es weiter.

Ansonsten stellt sich eine von regionalhistorischen Arbeiten geprägte Forschungslandschaft dar, die meist klassisch politik- oder auch sozial- und wirtschaftshistorische Zugänge anlegt, um die Gründe für die Sezessionsbestrebungen zu fassen.[9] Im Fokus standen dabei jedoch meist die konkreten Umstände

6 Vgl. dazu die älteren und ereignisgeschichtlichen Darstellungen: Erwin Bischof: Rheinischer Separatismus 1918–1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen (Europäische Hochschulschriften Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 4), Bern 1969; Henning Köhler: Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der Kölnischen Volkszeitung 1918/19 (Studien zur Europäischen Geschichte 10), Berlin 1974; Klaus Reimer: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland (Europäische Hochschulschriften Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 119), Frankfurt am Main u.a. 1979.

7 Nach wie vor gilt die monographische Studie von Schlemmer als wichtiges Referenzwerk zum Gegenstand des Rheinischen Separatismus: Martin Schlemmer: „Los von Berlin". Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg (Rheinisches Archiv 152), Köln/Weimar/Wien 2007. Vgl. außerdem: Martin Schlemmer: Berlin, nein Danke? Die westdeutschen Loslösungsbestrebungen im Rheinland und in Westfalen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Frank Bischoff/Guido Hitze/Wilfried Reininghaus (Hrsg.): Aufbruch in die Demokratie. Die Revolution 1918/19 im Rheinland und in Westfalen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 51/Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Vorträge 37), Münster 2020, S. 185–237.

8 Schlemmer: Los von Berlin, S. 82–189.

9 Roland Bänsch: Kämpfe um die Rheinische Republik. Lokaler Separatismus, in: Hans-Georg Meyer/Caroline Klausing (Hrsg.): „Freudige Gefolgschaft und bedingungslose Einordnung..."? Der Nationalsozialismus in Ingelheim, Ingelheim 2011, S. 49–69; Josef Schmitt: Die Separatisten in Wittlich, in: Jahrbuch für den Kreis Bernkastel-Wittlich (1994), S. 174–182; Josef Schmitt: Vor 70 Jahren. Separatistenzeit im Bitburger Lande, in: Heimat-Kalender Landkreis Bitburg-Prüm

der separatistischen Aufstände. Eher randständig beachtet wurde der nachträgliche Umgang mit und die Strafverfolgung von Separatist:innen,[10] während den Hauptakteuren rund um Konrad Adenauer größere Beachtung geschenkt wurde.[11] Vereinzelt nehmen vor allem neuere Publikationen zudem eine rechtshistorische Neubewertung der Rheinstaatbestrebungen und im Zuge dessen verübter Straftaten vor.[12] Einen anderen Zugang wählt Oswald Überegger mit seinem emotionsgeschichtlichen Ansatz zum Südtiroler Separatismus, der politischen Aktivismus und Emotionen miteinander verzahnt und deren Wechselwirkungen in den Blick nimmt.[13]

Wie zentral Emotionen für die separatistischen Bewegungen auch im preußischen Rheinland und der Pfalz waren, verdeutlichen nicht zuletzt die hier folgen-

(1994), S. 113–114; Burkhard Theine: Separatistische Bewegungen im Rheinland während der Ruhrbesetzung. Wirtschaftsentwicklung und Rheinstaatpropaganda im Jahre 1923 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 57 (1993), S. 253–292; Leonhard Reinirkens: Die Separatisten von 1919 und 1923, in: Dieter Lau/Franz-Josef Heyen (Hrsg.): Vor-Zeiten. Geschichte in Rheinland-Pfalz, Band 1, Mainz 1985, S. 223–242; Matthias Mathony: Über die Separatistenzeit, in: Der Prümer Landbote. Zeitschrift des Geschichtsvereins „Prümer Land" 6 (1983), S. 33–36. Vgl. dazu die populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen: Gerhard Gräber/Matthias Spindler: Die Pfalzbefreier. Volkes Zorn und Staatsgewalt im bewaffneten Kampf gegen den pfälzischen Separatismus 1923/24, Ludwigshafen 2005; Gerhard Gräber/Matthias Spindler: Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten. Band 1: November 1918–November 1923, Landau 1992.

10 Gerhard Gräber/Matthias Spindler: „Wer dabei mitmacht, muss damit rechnen, den Kopf zu verlieren". Kriminalität, Kriminalisierung und Strafverfolgung im Zusammenhang des linksrheinischen Separatismus nach dem 1. Weltkrieg, in: Heinz-Günther Borck/Beate Dorfey (Hrsg.): „Unrecht und Recht. Kriminalität und Gesellschaft im Wandel von 1500–2000". Gemeinsame Landesausstellung der rheinland-pfälzischen und saarländischen Archive. Wissenschaftlicher Begleitband (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 98), Koblenz 2002, S. 412–423.

11 Martin Schlemmer: Konrad Adenauer und die Rheinlandfrage. Eine unerledigte Streitfrage?, in: Geschichte im Westen 19 (2004), S. 7–23; Henning Köhler: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986.

12 Sabrina Balz: Die Erschießung des Separatistenführers Heinz-Orbis als Akt der Staatsnothilfe? Ein Beitrag zum Verständnis eines politisch geprägten Rechtfertigungsgrundes (Nomos Universitätsschriften – Recht 1012), Baden-Baden 2023; Philipp Bender: Eine Rheinische Republik? Die ersten Rheinstaatbestrebungen 1918/19 in Zeiten des völker- und verfassungsrechtlichen Umbruchs (Schriften zur Verfassungsgeschichte 87), Berlin 2019.

13 Oswald Überegger: „Los von Rom". Unabhängigkeitsdiskurs in Südtirol seit 1945 aus emotionsgeschichtlicher Perspektive, in: Werner Drobesch/Elisabeth Lobenwein (Hrsg.): Politik- und Kulturgeschichtliche Betrachtungen. Quellen – Ideen – Räume – Netzwerke. Festschrift für Reinhard Stauber zum 60. Geburtstag, Klagenfurt 2021, S. 615–629.

den Ausführungen. Sowohl die Separatist:innen[14] als auch die Agitator:innen der Gegenseite setzten auf eine massive Emotionalisierung zur Gewinnung einer Anhängerschaft. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit Redebeiträgen oder großen Umzügen durch die Stadt, Demonstrationen und gewaltsame Auseinandersetzungen ebenso wie Zeitungsartikel und politische Verlautbarungen setzten gezielt auf die Ansprache der Gefühle der Adressat:innen. Appelliert wurde an das Heimatgefühl ebenso wie an die Ablehnung des als kulturell anders oder fremd verstandenen, preußisch geprägten Deutschen Reiches. In der Gegenpropaganda beriefen sich die Agitator:innen auf nationalistische Argumentationslinien und operierten mit dem Motiv des Ehrgefühls der Deutschen, das gegen die „Landesverräter" und „Franzosenfreunde" mobilisiert werden sollte.

Resultierend aus dieser Mobilisierung lassen sich die separatistischen Unruhen, Putsch(versuch)e und kurzfristigen Intermezzos separatistischer Herrschaft in die Gewaltgeschichte der Weimarer Republik einordnen.[15] Martin Sabrow stellt fest, dass das politische Klima maßgeblich von physischer Gewalt, einer „erschreckenden Verrohung der Sprache" und einer „Militarisierung des öffentlichen Lebens" geprägt war – ja zeitweise sogar von einer „Republik des ‚punktuellen Bürgerkriegs'"[16] gesprochen werden könne. Dies entspricht sehr klar auch der gesellschaftlichen Situation im Regierungsbezirk Trier während der frühen 1920er Jahre. Entgegen dem medial präsenten Bild der „Golden Twenties" war das Leben in der Stadt Trier wie auf dem Land geprägt von politischen Auseinandersetzungen, wirtschaftlichen Krisenzeiten und sozialem Prekariat. Die Stimmung in der Bevölkerung äußerte sich in Streiks und großflächigen Arbeitsniederlegungen, (teils auch gewalttätigen) Auseinandersetzungen mit der französischen Besatzungsmacht und wurde von einer separatistischen Bewegung begleitet, die diese sozialen und politischen Verwerfungen zu instrumentalisieren wusste. Mobilisierungen in der Stadt und im agrarisch geprägten Umland ergänzten die Gegenwärtigkeit von Gewalt um eine „kommunikative Dimension",[17] die letztlich in einem fließenden Übergang in physischer Gewalt mündete.

14 In dieser Studie gendern wir konsequent. Lediglich in den Fällen, in denen Gruppen ausschließlich aus Männern oder Frauen zusammengesetzt waren, verwenden wir dementsprechend männliche oder weibliche Formen.

15 Vgl. dazu v.a.: Martin Sabrow (Hrsg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923, Göttingen 2023.

16 Martin Sabrow: Die Republik der Gewalt, in: ders. (Hrsg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923, Göttingen 2023, S. 9–40, hier: S. 11.

17 Ebd., S. 25.

Eine zeitliche Verdichtung fand – so legen es die um 2023 zahlreich erschienenen Studien dar – im Jahr 1923 statt. Das als „Krisenjahr" der Weimarer Republik schlechthin apostrophierte Jahr 1923[18] ist aus heutiger Sicht nicht allein aufgrund des kürzlichen einhundertjährigen Jubiläums ein höchst aktueller Forschungsgegenstand. Auch hinsichtlich der derzeit zu beobachtenden politischen „Zeitenwende" und dem massiven Druck auf demokratische Systeme scheint die jüngste Konjunktur rechtzeitig. Überwiegend als ereignisgeschichtliche Überblicksdarstellungen charakterisieren aktuelle Studien das Krisenjahr der Weimarer Republik tiefgehend und kommen in ihren Bewertungen darin überein, dass es sich um einen entscheidenden Moment im Bestehen der Weimarer Demokratie handelt: Das Erstarken der politischen Ränder im Zuge der Juniwahlen, die Besetzung des Ruhrgebiets, Hyperinflation, Hungersnot und Massenarbeitslosigkeit sowie eine steigende gesellschaftliche Gewaltbereitschaft in Form von Straßenkämpfen und Attentaten versetzten die erste deutsche Demokratie in einen Zustand kritischer Fragilität, der mit den Putschversuchen im Herbst 1923 kurz vor dem Kollaps stand.[19] Die Forschung zum Jahr 1923 bettet den rheinischen Separatismus argumentativ in das Krisennarrativ ein und deutet ihn als Teil einer französischen Annexionsstrategie.[20] Damit richtete sich der Blick vor allem von außen auf den rheinischen Separatismus, während eine tiefgehende Betrachtungsweise der Bewegung von innen heraus auf regionaler Ebene bisher ausblieb.

18 Vgl. dazu auch die lesenswerte Sammelrezension: Michael Wildt: Rezensionsessay: 1923 als Kristallkugel? Rezension zu: Peter Reichel: Rettung der Republik? Deutschland im Krisenjahr 1923, München 2022 / Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923. Wien 2022 / Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022 / Nicolai Hannig/Detlev Mares (Hrsg.): Krise! Wie 1923 die Welt erschütterte, Darmstadt 2022 / Volker Ullrich: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, München 2022 / Sebastian Teupe: Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923, Frankfurt 2022, in: H-Soz-Kult, 22.08.2023, https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-132999 [Letzter Zugriff: 10.03.2026].

19 Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022; Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022; Peter Reichel: Rettung der Republik? Deutschland im Krisenjahr 1923; Volker Ullrich: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, München 2022. Vgl den ebenfalls jüngst erschienen Sammelband von Nicolai Hannig und Detlev Mares, der das „Krisenjahr" 1923 weiter fasst und als weltweites Phänomen betrachtet: Nicolai Hannig/Detlev Mares (Hrsg.): Krise! Wie 1923 die Welt erschütterte, Darmstadt 2022. Vgl. dazu auch populärwissenschaftliche Veröffentlichungen mit kalendarischem Aufbau: Christian Bommarius: Im Rausch des Aufruhrs. Deutschland 1923, München 2022; Ralf Georg Reuth: 1923. Kampf um die Republik, München 2023; Jutta Hoffritz: Totentanz. 1923 und seine Folgen, Hamburg 2022.

20 Longerich: Außer Kontrolle, S. 222–227; Reichel: Rettung, S. 44–64; Jones: 1923, S. 239–259. Eine Ausnahme bildet hier die Studie von Volker Ullrich, der sich der separatistischen Bewegung am Rhein eingehender widmet und diese richtigerweise auch als innenpolitischen Krisenfaktor deutet; Ullrich: Deutschland 1923, S. 217–242.

An diesem Desiderat setzt die vorliegende Untersuchung der Separatistenbewegung unter Wortführer Hubert Marzen im Regierungsbezirk Trier an.

Räumlich ist eine Verdichtung der vielseitigen Herausforderungen der Zwischenkriegszeit im Rheinland zu beobachten, das zwischen 1918 und (in Teilen bis) 1930 unter alliierter Besatzung stand. Mit der administrativen Hoheit des *Interalliierten Hohen Ausschusses für die Rheinlande* verfügten die Besatzungsbehörden über nahezu unbegrenzte exekutive Macht und somit über das Machtmonopol im besetzten Gebiet. Dieses ungleiche Machtgefüge prägte auch den Alltag auf lokaler Ebene: Begegnungen und Konflikte zwischen den Besatzungstruppen und der deutschen Bevölkerung fanden zu jeder Zeit statt und reichten von Kooperation bis zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.[21] Insbesondere seit Anfang der 2000er Jahre eröffnen zahlreich erschienene Sammelbände interdisziplinäre und thematisch weit gefächerte Zugänge zur Geschichte der Rheinlandbesetzung. Dabei richten sie den Blick unter anderem auf politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Besatzung, aber auch auf künstlerische, kulturelle und mediale Facetten.[22] Und obwohl aktuellere monographische Gesamtdarstellungen zur Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg im Wesentlichen ausblieben,[23] ist doch eine nennenswerte Hinwendung zu Fallstudien auf lokaler

21 Benedikt Neuwöhner/Georg Mölich/Maike Schmidt: Einleitung, in: Benedikt Neuwöhner/Georg Mölich/Maike Schmidt (Hrsg.): Die Besatzung des Rheinlandes 1918 bis 1930. Alliierte Herrschaft und Alltagsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg (Schriftenreihe der Niederrrhein-Akademie 12), Bielefeld 2020, S. 9–24, hier: S. 19–20.

22 Ute Engelen/Walter Rummel (Hrsg.): Besatzungszeit und Autonomiebewegungen im Gebiet von Rheinland-Pfalz 1918–1930, Ubstadt-Weiher u.a. 2025; Benedikt Neuwöhner/Georg Mölich/Maike Schmidt (Hrsg.): Die Besatzung des Rheinlandes 1918 bis 1930. Alliierte Herrschaft und Alltagsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg (Schriftenreihe der Niederrhein-Akademie 12), Bielefeld 2020; Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 71), Essen 2009; Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.): Krieg und Utopie. Kunst, Literatur und Politik im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, Essen 2006; Dieter Breuer/Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.): „Deutscher Rhein – fremder Rosse Tränke?" Symbolische Kämpfeumdas Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 70), Essen 2005; Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 69), Essen 2004. Vgl. dazu den thematisch auf die Anfangszeit der Besatzung zugeschnittenen Band: Frank Bischoff/Guido Hitze/Wilfried Reininghaus (Hrsg.): Aufbruch in die Demokratie. Die Revolution 1918/19 im Rheinland und in Westfalen (Neue Folge 51), Münster 2020.

23 Eine Ausnahme bildet hier der ereignisgeschichtliche Überblick von Margaret Pawley: The Watch on the Rhine. The Military Occupation of the Rhineland, 1918–1930, London/New York 2007.

Ebene festzustellen, mit denen sich Erfahrungen und Aushandlungsprozesse der Besatzung exemplarisch rekonstruieren lassen.[24]

Mit einem regionalen Zugang zu dieser Thematik soll der Separatismus in der Region Trier systematisch erforscht und der Nukleus um das Jahr 1923 in zweifacher Weise einer Erweiterung unterzogen werden: Erstens wird das Jahr des separatistischen Putsches in die Entwicklung der frühen 1920er Jahre eingebettet, die auch in Trier von wirtschaftlicher Not aufgrund der beginnenden Inflation und prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägt waren. Für politische Umsturzpläne und Loslösungsbestrebungen boten diese Umstände ideale Grundlagen, auf denen politische Agitation betrieben und um Sympathisant:innen geworben werden konnte. Gleichzeitig bildet 1923 auch den Fluchtpunkt für die Verfolgung von ehemaligen Separatist:innen während des Nationalsozialismus. Wenn sich die Forschung bislang kaum mit der Verfolgung dieser Personen während der NS-Zeit auseinandergesetzt hat, so postulieren die wenigen Studien, es habe keine systematische Verfolgung von Separatist:innen im Nationalsozialismus gegeben.[25] Dem ist nach eingehender Auseinandersetzung mit den Verfolgungserfahrungen von Hubert Marzen und seinen Genoss:innen besonders seit 1936 zu widersprechen. Die außergewöhnlich günstige Quellenlage zur Region Trier ermöglicht eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für den kurzzeitigen Erfolg separatistischer Bewegungen

24 Michael Martin: Mannheim und die Auswirkungen der französischen Rheinlandbesatzung 1918–1923, in: Ute Engelen/Walter Rummel (Hrsg.): Besatzungszeit und Autonomiebewegungen im Gebiet von Rheinland-Pfalz 1918–1930, Ubstadt-Weiher u.a. 2025, S. 180–189; Matthias Schmandt: Der lange Schatten der Germania. Bingen während der Besatzungszeit 1918–1930, in: Ute Engelen/Walter Rummel (Hrsg.): Besatzungszeit und Autonomiebewegungen im Gebiet von Rheinland-Pfalz 1918–1930, Ubstadt-Weiher u.a. 2025, S. 170–179; Horst-Pierre Bothien: Die Rheinlandbesetzung 1918/19 am Beispiel Bonns, in: Frank Bischoff/Guido Hitze/ Wilfried Reininghaus (Hrsg.): Aufbruch in die Demokratie. Die Revolution 1918/19 im Rheinland und in Westfalen (Neue Folge 51), Münster 2020, S. 63–78; Iris Limburger: Die Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg. Leben unter alliierter Besatzungsherrschaft in Köln und in der Eifel, 1918–1926, in: Geschichte in Köln 66 (2019), S. 93–118; Birgit Bernard: „Uns're gesegnete Heimat ist frei!" Die Trierer Rheinlandbefreiungsfeier vom 30.6./1.7.1930, in: Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 71), Essen 2009, S. 401–459.

25 Hannes Ziegler: Die Verfolgung ehemaliger Separatisten durch die Gestapo, in: Gerhard Nestler/ Roland Paul (Hg.): Braune Jahre in der Pfalz. Neue Beiträge zur Geschichte einer deutschen Region in der NS-Zeit (Beiträge zur pfälzischen Geschichte 29), Kaiserslautern 2016, S. 251–278, hier: S. 253; Gerhard Gräber/Matthias Spindler: Rheinlandbesetzung, rheinischer Separatismus und Nationalsozialismus, in: Hans-Georg Meyer/Hans Berkessel (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Band 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit.", Mainz 2000, S. 57–68, hier: S. 67.

in der ehemaligen preußischen Rheinprovinz einerseits und der Auseinandersetzung mit den diese Sezession vorantreibenden Personen während des Nationalsozialismus andererseits.

Ausgangspunkt für das hiesige Projekt ist das Vernehmungsprotokoll des Trierer Separatistenführers Hubert Marzen, das sich in den Beständen des *Service historique de la Défense* in Vincennes erhalten hat.[26] Die Akte ist Teil eines umfangreichen Bestandes sogenannter Personalakten der Staatspolizeistelle Trier,[27] in dem sich weitere Akten mit Bezug zum Vorwurf des Verdachts der separatistischen Betätigung erhalten haben.[28] Ergänzt werden diese für die Verfolgungspraxis der NS-Zeit zentralen Quellen um Akten des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof (erhalten im *Bundesarchiv Berlin*[29]), die die juristische Verfolgung nach 1933 dokumentieren. Im Bundesarchiv sind weiterhin die Sachakten des SD-Hauptamtes (später Reichssicherheitshauptamt) bezüglich der Verfolgung separatistischer Bewegungen erhalten.[30] Auf regionaler Ebene sind es die im *Landeshauptarchiv Koblenz* lagernden Bestände der Regierung Trier[31] und des Oberpräsidiums der Rheinprovinz,[32] die für die Herausarbeitung der Scharnierfunktion der Mittelbehörden zwischen Zentrum und Peripherie zentral sind. Besonders hervorzuheben ist die hier erhalten gebliebene „Separatistenkartei“,[33] die nicht nur die Systematik der Behörden der 1920er Jahre abbildet, sondern auch einen Einblick in die zeitgenössische Bewertung der Verfolgungskriterien

26 Service historique de la Défense Vincennes (SHDV), GR28 P8, Nr. 755.

27 Zum Gesamtbestand vgl.: Thomas Grotum/Lena Haase: „Aller Dienst an der Grenze ist staatspolizeilicher Dienst“. Ein deutsch-französisches Kooperationsprojekt zur Erschließung der Personenakten der Gestapo Trier im Service historique de la Défense, Vincennes, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 45 (2018), S. 293–323; Frédéric Queguineur: Les archives allemandes dans les fonds des services spéciaux aux archives du Service historique de la Défense, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 45 (2018), S. 279–292.

28 SHDV, GR28 P8, Nrn. 108, 112, 143, 144, 177, 295, 465, 478, 495, 496, 650, 663, 729, 755, 756, 764, 786, 818, 832, 835, 846, 852, 858, 859, 866, 873, 874, 892, 904, 910, 926, 933, 935, 938, 942, 966, 971, 974, 975, 976, 993, 996, 1002, 1026, 1053, 1064, 1077, 1094, 1138, 1146, 1170, 1193, 1202, 1221, 1224, 1229, 1232, 1233, 1259, 1263, 1293, 1319, 1331, 1340, 1354, 1372, 1383, 1391, 1522, 1550, 1609, 1613, 1617, 1665, 1722, 1744, 1751, 1767, 1768, 1787, 1794, 1802, 1879, 1889, 1891, 1895, 1904, 1972, 2002, 2003, 2022, 2046, 2107, 2126, 2156, 2169, 2251, 2281, 2294, 2299, 2311, 2314, 2336, 2354, 2361, 2379, 2459, 2483, 2489, 2490, 2503, 2512, 2516, 2519, 2546, 2572, 2588, 2612, 2626, 2627, 2665, 2667, 2669, 2682, 2697, 2714, 2727, 2729, 2733, 2759, 2815, 2825, 2836, 2843, 2850, 2875, 2885, 2940, 2968, 2972, 3000, 3008, 3023, 3028, 3062, 3084, 3089, 3105, 3111, 3115, 3127, 3193, 3221, 3222, 3236, 3298, 3338, 3342, 3425, 3610, 3613, 3614, 3615.

29 Bundesarchiv (BArch) Berlin, R 3017/85, 35950, 37125, 47873.

30 BArch Berlin, R 58/1112, 2485f, 6228, 6230, 7438, 7440, 7441, 7442, 9022, 11577.

31 LHAKo, Best. 442, Nrn. 8296, 8297, 14239, 14240, 14241, 14242, 14243, 14244, 14245, 14246, 14247, 15464.

32 LHAKo, Best. 403, Nrn. 14991–14993.

33 LHAKo, Best. 442, Nrn. 27364 und 27365.

während der NS-Zeit gewährt. Zuletzt sind es die Bestände des *Stadtarchivs Trier*, die unter anderem in Personalakten der städtischen Beamten und Angestellten, Verwaltungsakten, zeitgenössische Literatur[34] und autobiographische Berichte über die Umstände des sogenannten Separatistenputsches[35] vom Herbst 1923 Auskunft geben.[36]

Die Studie ist in zwei größere Teile gegliedert. Der erste Teil liefert die thematische Rahmung des separatistischen Putsches in Trier und die anschließende Verfolgung ehemaliger Separatist:innen durch die Weimarer Justiz sowie durch nationalsozialistische (Straf-)Verfolgungsbehörden. Der innere Aufbau des Teils folgt einer chronologischen Darstellung der Kontexte und bettet die Ereignisse in Trier und dem Umland in einen größeren historischen Kontext ein. Ein Schwerpunkt liegt auf den Geschehnissen rund um den Herbst 1923 und setzt sich insbesondere mit der Person Hubert Marzens auseinander, der als Separatistenführer und separatistischer Polizeipräsident[37] einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklungen vor Ort hatte. Gleichsam ausführlich wird auch die Verfolgung von Separatist:innen durch die Geheime Staatspolizei und den SD behandelt, bettet sich die edierte Quelle – das ausführliche Vernehmungsprotokoll Marzens – in eben diesen Entstehungszusammenhang ein.

Der zweite Teil widmet sich der kommentierten Edition des bereits erwähnten Vernehmungsprotokolls, das eine bislang in der Forschung unbekannte und ausführliche Schilderung der Trierer Ereignisse, der Akteur:innen der Bewegung und auch der Widerstände in Gesellschaft und Politik liefert. Eingeleitet wird diese Edition mit einigen quellenkritischen Hinweisen zu Vernehmungsprotokollen als Quelle und der asymmetrischen Kommunikationssituation, die den

34 In dokumentarischer Hinsicht von besonderer Relevanz ist hier die im Jahr 1930 anlässlich des Abzugs der französischen Besatzung veröffentlichten Abhandlung über die Besatzungszeit in Trier und Umgebung von dem Trierer Historiker und Archivar Gottfried Kentenich: Trier und das Trierer Land in der Besatzungszeit 1919–1930, Trier 1930. Vgl. zu seiner Person und einer kritischen Auseinandersetzung mit seinem Werk: Jort Blazejewski: Zwischen Wissenschaft, Politik und Ideologie. Ein Lebensbild des Trierer Geschichtsschreibers Gottfried Kentenich (1873–1939), in: Kurtrierisches Jahrbuch 65 (2025), S. 158–211.

35 Christian Stöck: Aus meinen Erinnerungen an die Besatzungszeit der Stadt Trier. 1. Dezember 1918–30. Juni 1930. Heitere, ernste und sehr ernste Plaudereien zur Trierischen Lokalgeschichte, Trier 1930.

36 Stadtarchiv Trier (StAT), Tb 12/441, 461, 498, 838, 910; Tb 31/561, 789, 2906; Tb 32/6, 8, 45, 400.

37 Mit der Bedeutung der Polizei als Behörde im Kontext der separatistischen Unruhen hat sich bislang nur Andreas Kühn auseinandergesetzt: Andreas Kühn: Konfrontation, Gewalt, Systemgegnerschaft. Polizei und rheinischer Separatismus in der französisch-belgischen Besatzungszeit, in: Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein 209 (2006), S. 339–356.

Rahmen solcher Verhöre prägt. Die Transkription der Quelle folgt – wie auch die der übrigen hier zitierten Quellen – dem originalen Wortlaut.[38]

Die Studie verfolgt zunächst das Ziel, die Ereignisse rund um die Vorbereitung und Durchführung des separatistischen Putsches zu beschreiben, die kurze Phase der separatistischen Herrschaft zu beleuchten und schließlich die nachträgliche strafrechtliche wie auch polizeiliche Verfolgung von der Mitte der 1920er bis in die 1940er Jahre hinein nachzuvollziehen. Dazu werden zwei systematische Zugänge genutzt, die anhand dieser Untersuchung exemplarisch verhandelt werden: Erstens geht es um die diversen Formen der Ausübung von Gewalt von Personen und Institutionen gegen Personen und Institutionen, die jeweils unterschiedlich motiviert und auch ausgeübt wurden. Zweitens wird dem Motiv der Transformation kollektiver Gewaltrollen in diesem Zusammenhang nachgegangen. Besonders deutlich wird dies anhand der Separatisten, die zunächst im Rahmen eines gewalttätigen Umsturzes die Macht an sich rissen – schließlich jedoch unter Verfolgungsdruck in unterschiedlichen graduellen Abstufungen standen. An dieser Stelle lohnt sich auch der Blick auf die Rolle der Polizei als „Gewaltmonopol des Staates", die durch ihre Verstrickung in die separatistische Herrschaft selbst unter Rechtfertigungsdruck gesetzt wurde. Letztlich verfolgt die hiesige Studie das Ziel, die Legitimation von Verfolgung in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Kontexten zu analysieren, um Aussagen zur Handlungslogik der Behörden, den Handlungsspielräumen der exekutiv tätigen Beamten und den Motiven, die auf Seiten der Verfolgten bemüht wurden, um diesen Zwängen zu entgehen, treffen zu können.

38 Alle Zitate geben die Schreibweise der Quelle wieder. Es wurden keine Anpassungen in Rechtschreibung, Zeichensetzung und Grammatik vorgenommen.

2. Trier in den frühen 1920er Jahren – Wirtschaftliche, soziale und politische Lage

In der Stadt Trier herrschte, wie im gesamten Regierungsbezirk, während der französischen Besatzungszeit (1919–1930) eine angespannte wirtschaftliche, gesellschaftliche wie auch politische Lage. Bereits seit 1920 zeichnete eine stetig wiederkehrende Abfolge aus Arbeiterstreiks in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk, Tarifverhandlungen, Preisteuerungen und steigender Arbeitslosigkeit die Arbeitsmarktsituation und damit auch das allgemeine gesellschaftliche Klima.

Erste belegte Streiks fanden im Februar und März 1920 im „Transportarbeitergewerbe“ statt.[39] Kurz nach der erfolgreichen Beilegung dieser Streikbewegung wirkte sich jedoch auch der Märzaufstand auf die wirtschaftlich angeschlagene Moselstadt aus. Die Reaktion auf den rechtsnationalen Kapp-Lüttwitz-Putsch wurde angeführt von der deutschen Arbeiterschaft mit Unterstützung von KPD, USPD und SPD. In Trier hatte die Sozialdemokratische Partei am 15. März 1920 „den Generalstreik für einen halben Tag proklamiert und eine öffentliche Versammlung auf dem Viehmarktplatz abgehalten.“[40] Aus dem Bericht des Trierer Regierungspräsidenten Johannes Fuchs[41] an das Oberpräsidium der Rheinpro-

39 Die lokalhistorische Forschung zu Trier in den 1920er Jahren blendete diese wirtschaftliche Unsicherheit und die Reaktionen der Bevölkerung darauf durch Streikverhalten bislang vollständig aus.

40 LHAKo, Best. 403, Nr. 14991, S. 85.

41 Johannes Fuchs (*30. September 1874 in Bickendorf, +9. September 1956 in Cochem) schlug nach einem Studium der Rechtswissenschaften und dem Assessorat im Justizdienst eine Verwaltungslaufbahn ein. Er startete diese in der landwirtschaftlichen Verwaltung der Rheinlande, bevor er mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges zunächst in den aktiven Kriegsdienst an der Westfront und schließlich nach einer Verwundung ins Kriegsministerium wechselte. Dort mit Fragen der Kriegswirtschaft betraut, wechselte er am 16. März 1918 kurzfristig (inzwischen zum Geheimen Regierungsrat befördert) ins preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Am 20. Dezember 1919 wurde er zum Regierungspräsidenten in Trier ernannt. Das Amt übte er bis zu seiner Ernennung zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz am 16. September 1922 aus. Während der Besatzungszeit von den französischen Behörden ausgewiesen, führte er seine Dienstgeschäfte von Wetzlar aus, bis er unter Stresemann zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannt wurde. Dieses Amt führte er jedoch nur wenige Monate aus und widmete sich stattdessen weiterhin dem Oberpräsidium. Am 25. März 1933 wurde er von der neuen NSDAP-geführten Regierung in den Ruhestand versetzt. Vgl. zu seiner Person: Joachim Lilla: Johannes (Hans) Fuchs, in: Internetportal Rheinische Geschichte (2025 [2022]), URL: https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/johannes-hans-fuchs/DE-2086/lido/60420d3f58d327.77326085 (Letzter Zugriff: 08.01.2026); Heinrich Studentkowski: Art. „Fuchs, Johannes (Hans)“, in: Heinz Monz (Hrsg.): Trierer Biographisches Lexikon (TBL), Trier 2000, S. 123.

vinz geht weiter hervor, dass sich die Parteileitung zwar dafür verbürgt habe, dass es nicht zu Ausschreitung kommen werde, doch „[t]rotz der Zusicherung versuchte ein Teil der Versammlungsteilnehmer nach Ablauf der Versammlung in das Rathaus einzudringen. Ein starkes Polizeiaufgebot [habe] die Menge fernhalten“ können.[42] Neben den Ereignissen, die ausgehend von der Hauptstadt Berlin einen Großteil der großstädtischen Infrastruktur Deutschlands im Generalstreik lahmlegten, waren es – so wusste Fuchs zu berichten – aufgrund der räumlichen Nähe vor allem auch die Ereignisse im Ruhrgebiet, die die Bevölkerung in „Beunruhigung“ zu versetzen schienen, wenn sie auch „keineswegs irgendwelchen Anklang“ fänden.[43] Auch Trier und das Umland wurden von den Ereignissen eingeholt. Die Tatsache, dass das Regierungspräsidium die Kontrolle der städtischen Verhältnisse zugesichert hatte und dass die Streiks vor Ort angeblich nicht auszubrechen drohten, konnte dem nicht entgegenwirken. Damit verfiel die Region unmittelbar in eine ähnliche – wenn auch nicht so ausgreifende – Streikphase, wie andere Gebiete in West- und Mitteldeutschland.

In den Halbmonatsberichten, die vom Regierungspräsidium verfasst wurden, kristallisieren sich im Wesentlichen drei Felder heraus, über die Bericht gehalten wurde und die außerdem zu „besondere[r] Beunruhigung […] in der Bevölkerung“[44] geführt haben. Diese decken thematisch

1. Beschwerden über die Besatzungsbehörden,
2. Streiks in Industrie und Gewerbe und
3. Preisteuerungen und allgemeine Berichte über die Versorgungslage der Bevölkerung vor Ort ab.

Während jedoch die wiedergegebenen Beschwerden über die vor Ort agierenden Besatzungsbehörden sukzessive abnahmen, verdichteten sich die Berichte über eine unzureichende Versorgungslage stetig. In den Monaten April bis Juni 1920 gingen zwar Beschwerden in allen der genannten Bereiche ein, jedoch erscheint das sowohl rechtlich umstrittene als auch in der Bevölkerung auf Gegenwehr stoßende Verhältnis zu den vor Ort präsenten französischen Truppen als Hauptproblem im Regierungsbezirk Trier.

42 LHAKo, Best. 403, Nr. 14991, S. 85.

43 Ebd.

44 Ebd., S. 167.

2.1 Beschwerden über die französische Besatzungsbehörde

Schon vor April 1920 – so geht aus einer Rede des Stadtverordneten Wilhelm Rautenstrauch[45] vom 31. März 1920 hervor – hatte eine große Unzufriedenheit mit den einquartierten französischen Truppen bestanden. Angesprochen wurde diese nicht nur vom DDP-Politiker Rautenstrauch, sondern auch vom SPD-Mann Philipp Loosen.[46] Ihre öffentlich vorgetragene Kritik an den Einquartierungen führte zunächst zu nichts – außer zu strafrechtlichen Konsequenzen für die beiden Stadtverordneten. Während Wilhelm Rautenstrauch mit 15 Tagen Gefängnis und einer Geldstrafe in Höhe von 3.000 Mark belegt wurde, wurde gegen Loosen „nicht vorgegangen, vermutlich um keine Missstimmung in der Arbeiterbevölkerung zu erregen."[47]

Doch die befürchtete „Missstimmung"[48] in der Bevölkerung war bereits präsent und speiste sich auch weiterhin insbesondere aus dem rücksichtslosen

45 Wilhelm Josef Valentin Rautenstrauch (*22. Dezember 1862 in Trier, +4. Mai 1947 in Trier) stammte aus einer angesehenen Trierer Kaufmannsfamilie und übernahm das von seinem Großvater gegründete Handelshaus „Rautenstrauch & Co.", das sich auf Lederhäute spezialisiert hatte und unter Wilhelms Leitung expandierte. Weiterhin war er Mitbegründer der Trierer Walzwerke und von 1914 bis 1933 Präsident der Trierer Industrie- und Handelskammer. Von den wirtschaftlichen Problemen der 1920er Jahre war auch das Handelshaus Rautenstrauch betroffen, das zunächst die Kölner Filiale liquidierte und 1933 auch die Zentrale in Trier schloss. Neben seiner Aktivität in diversen städtischen Vereinen und Gesellschaften wirkte Rautenstrauch besonders als Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung, der er von 1895 bis 1933 als Mitglied der Liberalen angehörte. 1918 wurde er Vorsitzender der DDP in Trier. 1933 zog er sich aus der Politik zurück, gründete jedoch 1946 die LPD (Liberaldemokratische Partei Deutschlands) mit, die schließlich in der FDP aufging, deren erster Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz er wurde. Vgl. zu seiner Person: Jürgen Potratz: Art. „Rautenstrauch, Wilhelm Josef Valentin", in: Heinz Monz (Hrsg.): TBL, Trier 2000, S. 355–356.

46 Philipp Loosen (*25. Juli 1880 in Klotten, +24. Oktober 1962 in Trier) war bereits seit 1919 Mitglied der SPD und als solches von 1919 bis 1924 Mitglied der Trierer Stadtverordnetenversammlung. Zudem war er seit 1920 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins in Trier. Nach Ende der Separatistenherrschaft beteiligte er sich an der Neugründung der Arbeiterwohlfahrt und übernahm für mehrere Jahre deren Vorsitz. Bei der Stadt Trier wurde er zum 1. September 1904 als Stenograph eingestellt und arbeitete sich in den folgenden Jahren über die Ämter des (Ober-) Stadtsekretärs und des Stadtamtmannes zunächst zum unbesoldeten und schließlich zum besoldeten Beigeordneten (ab dem 26. März 1924) hoch. Das Amt des städtischen Beigeordneten bekleidete er zwischen 1924 und 1930 zunächst ehren-, dann hauptamtlich. Anschließend leitete er als Regierungsrat das Trierer Arbeitsamt bis zu seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933. Nach der Befreiung war Loosen zwischen 1946 und 1959 Bürgermeister der Stadt Trier. Vgl. zu seiner Person: StAT, Tb 12/910; Eberhard Klopp: Art. „Loosen, Philipp", in: Heinz Monz (Hrsg.): TBL, Trier 2000, S. 273.

47 LHAKo, Best. 403, Nr. 14991, S. 205.

48 Ebd.



Abbildung 1: Das Gebäude der "Neuen Regierung" mit französischer Flagge an der Kreuzung Sichel- und Deworastraße in Trier, Besatzungszeit. Quelle: LHAKo, Best. 710, Nr. 12088.

Vorgehen der Besatzungstruppen bei Einquartierungen,[49] was eine allgemeine Wohnungsnot provozierte.[50] Allein im Jahr 1920 nahmen die französischen Soldaten insgesamt 678 Wohnungen mit 1.500 Räumen in Beschlag, was zweifellos einen beachtlichen Teil zur städtischen Wohnungsnot beitrug; allerdings nahmen auch andere Gründe, wie der Zuzug von Geflüchteten aus Elsass-Lothringen, die Verlegung der Reichsbahndirektion nach Trier sowie der Zuzug der deutschen Offiziersfamilien einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Wohnungssituation, weshalb der Vorwurf gegen die Franzosen retrospektiv nur teilweise legitim scheint.[51]

Ende März 1920 noch strafrechtlich belangt für eine offene Kritik stimmten am 14. April 1920 bereits Vertreter aller Parteien dem Standpunkt Rautenstrauchs zu und beriefen für den 18. April eine „Volksversammlung zwecks Aussprache über die Einquartierungsfrage [ein], die so zahlreich besucht wurde, dass ausserhalb des für die Veranstaltung bestimmten Saales noch auf dem Hof eine Paralellveranstaltung [!] abgehalten werden musste."[52] Anlässlich dieser Veranstaltung

49 Ebd., S. 167.

50 Ebd., S. 205.

51 Emil Zenz: Die Stadt Trier im 20. Jahrhundert. 1. Hälfte 1900–1950, Trier 1981, S. 153–154.

52 LHAKo, Best. 403, Nr. 14991, S. 207.

wurde eine Resolution angenommen, deren Inhalt der Trierer Regierungspräsident folgendermaßen wiedergibt:

> „So hat sich eine volle Einmütigkeit der Bevölkerung gegen die Uebergriffe der Besatzungsbehörde in Quartierangelegenheiten gezeigt; man hat vor einer offenen Erörterung seitens der Vertreter aller Parteien nicht zurückgeschreckt. Damit darf erhofft werden, dass die geschlossene und selbstbewusste Stellungnahme der Bevölkerung ihre Wirkung nicht verfehlen wird und die am drückendsten empfundene Massnahme der Besatzung, die der Beschlagnahme ganzer Wohnungen und Häuser und das damit verbundene Hinauswerfen der Bewohner auf die Strasse zum mindesten gemildert wird. Die von der Beschlagnahme nunmehr noch betroffenen Familien weigern sich nämlich freiwillig ihre Häuser zu verlassen. Die Vermittelung der Stadtverwaltung, die bisher zur Räumung seitens der Besatzungsbehörde in Anspruch genommen war, wird in Zukunft voraussichtlich von ihr abgelehnt werden. Polizeibeamte dürften sich nicht finden, die Räumungsbefehle der Besatzungsbehörden auszuführen, und es ist nicht wahrscheinlich, dass die Besatzungsbehörde danach dazu übergehen wird, durch französische Soldaten die Wohnungen räumen zu lassen.“[53]

Diese sowohl parteiübergreifende als auch von der Stadtgesellschaft mitgetragene Resolution trug Früchte, denn seitdem wurde von keinen zwangsweisen Wohnungs- oder gar Häuserräumungen durch die Besatzungsbehörden mehr berichtet.[54] Zwar meldete am 26. Juni 1920 der Trierer Regierungspräsident erneut nach Koblenz, eine neue Direktive der *Interalliierten Rheinlandkommission* (IRKO)[55] erlaube es, „dass seitens der Militärbehörden die vollständige Räu-

53 Ebd., S. 207–209.

54 Ebd., S. 253.

55 Die Interalliierte Rheinlandkommission (*Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans*) war die oberste Verwaltungsbehörde für das besetzte Rheinland. Unter dem Oberkommissar und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission Paul Tirard (vgl. Fußnote 367) nahm die Behörde mit Inkrafttreten des Versailler Vertrags am 10. Januar 1920 die Arbeit auf. Sie setzte sich zusammen aus Vertretern der vier Besatzungsmächte Frankreich, Belgien, Großbritannien und den USA. Im besetzten Gebiet verfügte die Kommission über das Machtmonopol, war sie sowohl der deutschen Verwaltung als auch den alliierten Bezirks-und Kreisdelegationen weisungsbefugt. Zudem unterlagen die legislativen Kompetenzen der Behörde keinen klar definierten Grenzen: So konnte sie beispielsweise Gesetze und Erlasse von Reichs- und Landesbehörden in ihrem Einzugsgebiet aussetzen oder deutsche Staatsbürger:innen wegen vermeintlicher politischer Nonkonformität aus dem besetzten Gebiet ausweisen. Mit der endgültigen Räumung der letzten Besatzungszone zum 30. Juni 1930 legte auch die Interalliierte Rheinlandkommission ihre Arbeit nieder. Vgl. dazu: Martin Schlemmer: Die Rheinlandbesetzung (1918–1930), in: Internetportal Rheinische Geschichte (2023 [2016]), URL: https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-rheinlandbesetzung-1918-1930/DE-2086/lido/57d133f17e43d1.98845861#toc-0 [Letzter Zugriff: 03.03.2026].

mung eines Hauses zur Einquartierung eines Offiziers in besonderen Fällen verlangt werden könne". Dies wäre „zweifellos geeignet, das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen erneut zu verschärfen."[56] Ob diese Entscheidung jedoch seit Juni 1920 auch eine Durchführung erfuhr, kann nicht abschließend bestätigt oder verneint werden. Das Ausbleiben eines Berichtes darüber lässt jedoch darauf schließen, dass seit der allgemeinen Resolution tatsächlich keine weiteren Zwangsräumungen angeordnet worden sind.

Weiterhin wurden in der Stadt Trier Erleichterungen für die Bevölkerung auf den Weg gebracht, die insbesondere gegen eine Bevorteilung der französischen Besatzungssoldaten wirken sollten. So wurde etwa der bis Juni geltende Einheitspreis für Besatzungssoldaten bei Straßenbahnfahrten in Höhe von 10 Pfennig zugunsten des regulären, auch für alle Stadtbewohner:innen geltenden Fahrpreises von 35 Pfennig aufgegeben.[57]

Andere Konfliktlinien zeichneten sich zwischen der Beamtenschaft im Regierungsbezirk und den französischen Besatzungsbehörden ab, die vor allem in der Amtsenthebung des Saarburger Landrates Karl Brügman[58] durch die IRKO ihren Ursprung hatten. Zunehmend brachten die Beamten daraufhin ihre Sorge zum Ausdruck, dass die IRKO willkürlich handele und sie dem schutzlos ausgeliefert seien. Im Regierungspräsidium hingegen befürchtete man davon ausgehend, dass dies als Anlass für einen organisierten Zusammenschluss der Beamtenschaft in Teilen des besetzten Gebietes gelten könne[59] – diese Befürchtungen sollten sich jedoch nicht bewahrheiten.

Wie schlecht es jedoch insgesamt um das Verhältnis zwischen der örtlichen Zivilbevölkerung und den französischen Besatzungstruppen stand, äußerte sich bisweilen auch jenseits der öffentlich vorgetragenen Kritik und endete vereinzelt gar blutig. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Ersten Mai 1920 erstachen im Anschluss an eine abendliche Tanzveranstaltung im Trierer Weißhaus mehrere Zivilpersonen einen französischen Soldaten. Neun Festteilnehmer wurden daraufhin wegen dringenden Tatverdachts durch die Gendarmerie in Haft genom-

56 Ebd., S. 361–362.

57 Ebd., S. 348–349.

58 Karl Brügman (*2. März 1866 in Dortmund, +22. Februar 1946 in Gut-Westdorsel-Telgte) schloss nach seinem Studium der Rechtswissenschaften ein Assessorat im Verwaltungsdienst an, das ihn nach Stationen an verschiedenen Landratsämtern 1901 zunächst als kommissarischer, ab 1902 jedoch als offizieller Landrat nach Saarburg brachte. Nach seiner Amtsenthebung durch die Interalliierte Rheinlandkommission 1920 wurde er zum Oberregierungsrat in Düsseldorf ernannt, wechselte 1923 jedoch in die freie Wirtschaft. Er übernahm zunächst die Leitung der dortigen Union-Brauerei, bevor er ab 1934 deren Aufsichtsratsvorsitzender wurde. Vgl. zu seiner Person: Horst Romeyk: Art. „Brügman, Karl", in: Heinz Monz (Hrsg.): TBL, Trier 2000, S. 55–56.

59 LHAKo, Best. 403, Nr. 14991, S. 167, 209.

men.[60] Auch wenn es aus heutiger Sicht unklar bleibt, ob die Tat politisch motiviert war (ein potenzieller Zusammenhang ergibt sich in Anbetracht einer Agitation der örtlichen Arbeiterschaft im Rahmen der unmittelbar zuvor veranstalteten Maifeier der SPD[61]) oder aus sonstigen Gründen erfolgte, kann der Vorfall dennoch als Zeugnis für die erhitzten Gemüter aufgrund der Besatzungssituation gedeutet werden.

2.2 Streiks

Deutlich nachhaltigere Spuren und eine wesentlich umfassendere öffentliche und gesamtgesellschaftliche Präsenz hinterließen im Vergleich zum schwierigen Verhältnis zu den Besatzungsbehörden die stetig um sich greifenden Streiks. In der Stadt wie auch dem Umland waren die Jahre 1920 bis 1922 von einer im Regierungsbezirk Trier beispiellosen Welle von Arbeitsniederlegungen geprägt. Schon in der ersten Monatshälfte im März 1920 vermeldete der Trierer Regierungspräsident Johannes Fuchs an das Oberpräsidium in Koblenz einen Arbeiterstreik im Transportgewerbe, der mit einer Lohneinigung am 12. März beigelegt wurde. Ebenso ahnte man bereits die Eventualität eines bevorstehenden Streiks in der Metallindustrie angesichts brodelnder Lohnforderungen.[62] Am darauffolgenden Tag verschärfte sich die Lage in Trier weiterhin im Kontext der politischen Großwetterlage. Was auf den ersten Blick als regionales Phänomen erscheinen mag, war tatsächlich Teil einer gesamtdeutschen Streikbewegung in den turbulenten Anfangsjahren der Weimarer Republik. Denn unmittelbar nach dem rechtsnationalen Kapp-Lüttwitz-Putsch vom 13. März 1920 in Berlin erging noch am selben Tag ein Aufruf zum Generalstreik gegen die Putschisten vonseiten des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, des SPD-Vorsitzenden Otto Wels und der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder. Wenige Stunden später folgten der *Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund* und die *Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände* dem Aufruf und mobilisierten die Arbeitnehmerschaft im gesamten Reich gegen die Putschisten in Berlin. Am darauffolgenden Montag, dem 15. März, setzte der Streik mit voller Vehemenz ein.[63] Dem Aufruf der Parteispitze und der Gewerkschaften folgend kündigte die SPD auch in Trier einen halbtägigen Generalstreik mit einer öffentlichen Versammlung auf dem Trierer Viehmarktplatz an. Dabei kam es im Anschluss an die Kundgebung zu

60 Ebd., S. 255.

61 Ebd.

62 Ebd., S. 85.

63 Volker Ullrich: Schicksalsstunden einer Demokratie. Das aufhaltsame Scheitern der Weimarer Demokratie, München ^{2}2024, S. 76–77.